

DIE GAZETTE

DAS POLITISCHE KULTURMAGAZIN

NUMMER 30 SOMMER 2011



Im Niedergang der Demokratie
LETZTE HOFFNUNG: BÜRGERBEWEGUNGEN

Colin Crouch

Politik in der Krise
DROHT EINE NEOLIBERALE DIKTATUR?

Ulrich Brand

Plebiszitäre Demokratie
DAS ELENDE DER POLITISCHEN KLASSE

Interview mit Peter Gauweiler

Comic
BARFUSS DURCH HIROSHIMA

Keiji Nakazawa

D, AU: 9 Euro, CH: 14 Fr



30

4 196468 909002

Interview mit Peter Gauweiler

„Plebiszitäre Demokratie ist Selbstschutz“

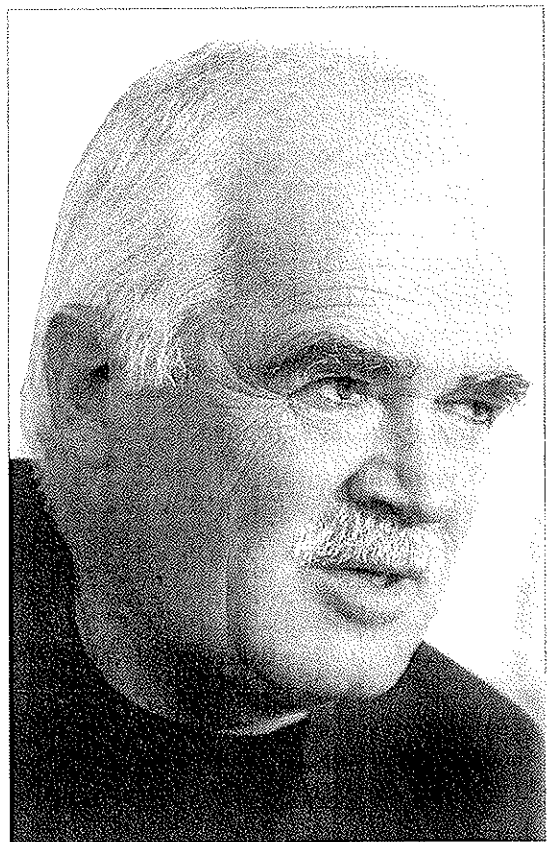
Im GAZETTE-Interview spricht der Bundestagsabgeordnete und frühere bayerische Staatsminister Dr. Peter Gauweiler (CSU) über Wutbürger und Demokratie von unten, die Krise der Volksparteien und die Gefahren eines zentralistischen Europas – und über Erich Kästner und Friedrich Dürrenmatt. Das Interview führte Rudolf Schröck.

Herr Dr. Gauweiler, reden wir über Demokratie in Deutschland. „Wutbürger“ ist das Wort des Jahres, SPD und Union kriseln, ein Grüner ist Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Was ist hier los?

Die demokratischen Volksparteien waren enorm wichtig für den Aufbau der Bundesrepublik nach 1949. Doch jetzt sind ihre Strukturen überlebt – wenn sie sich nicht öffnen. Denn sonst sind sie Volksparteien gewesen. Sie müssen sich kontinuierlich für Kommunikation öffnen. Nehmen Sie nur ein Beispiel: Bei den Primaries zu den letzten US-Präsidentschaftswahlen beteiligten sich rund 70 Millionen Menschen an der Kandidaten-Entscheidung der Demokraten zwischen Obama und Hillary Clinton. Und in Deutschland? Eine kleine Gruppe von Partei-Delegierten und Funktionären entscheidet über Richtung und Personal der deutschen Regierungspolitik. Das halte ich für einen Fehler.

Mehr Demokratie wagen?

Das ist dringend geboten. Spitzenkandidaten sollten in Mitgliederentscheidungen nominiert werden. Und große Richtungsentscheide außerhalb der Parteien müssen der Bevölkerung zur Entscheidung vorgelegt werden – und zwar zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Ich nenne Ihnen ein lokales positives Beispiel: Als sich in München die großen Rathaus-Parteien und die beiden Bundesliga-Vereine (FC Bayern, TSV 1860 München – die Red.) über den Neubau eines 400 Millionen Euro teuren Stadions einig waren, wurde nicht sofort mit dem Bau begonnen, sondern dieser Beschluss wurde der Bevölkerung zum Bürgerentscheid vorgelegt. Das



Ergebnis war eindeutig positiv, und das Stadion wurde gebaut. Ein „Stuttgart 21“ ist so durch kluge plebiszitäre Entscheidung vermieden worden. Demokratie lebt durch die aktive Beteiligung der Bürger – das gilt für jedes Großprojekt. Wenn einem solchen von vorneherein die Zustimmung fehlt oder ein zehnjähriger Gang durch die Instanzen droht, sollte man es grundsätzlich bleiben lassen.

Warum tut sich die Politische Klasse in Deutschland so schwer mit Kommunikation und damit für die Direkte Demokratie?

Wenn sich politische Menschen, oder besser: Menschen in der Politik, von der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung entfernen, werden sie zur „Politischen Klasse“, also zu einer neuen soziologischen Gruppe. Warum ist die Aristokratie abgelöst worden? Weil das Bürgertum, die Handwerker, die Arbeiter der Auffassung waren, dass jeder „da oben“ Zugang haben muss, um mitbestimmen zu können – nicht nur die Adligen und der hohe Klerus. Das war die Geburtsstunde der Demokratie. Doch dieses „Jedermann-Prinzip“ funktioniert nicht mehr.

Und warum ist das so?

Weil die Politische Klasse zu einer eigenen Lebensform und zu einer eigenen Berufstätigkeit geworden ist. Immer mehr Parlamentarier lösen sich von ihrer bisherigen Berufswelt und repräsentieren sie nicht mehr. Jede Abwahl aus dem Parlament wird folglich als Existenzbedrohung empfunden. Ein Parlamentarier als Berufspolitiker ist folglich von seiner Partei abhängig, auch existenziell. Ursprünglich waren die Diäten ja dazu da, den gewählten Volksvertreter unabhängig zu machen. Das ist mittlerweile zu einem Gift geworden. Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim hat nun belegt, dass einzelne Bundestagsabgeordnete von ihren Fraktionen deutliche Sonderdotationen bekommen, die zum Teil das Doppelte ihrer nach dem Bundesgesetzblatt festgelegten Diäten ausmachen. Eine solche parlamentarische Realität bedingt natürlich Abhängigkeiten von der Politik. Ich gehöre zu der eher kleinen Gruppe von Parlamentariern, die einem Beruf nachgehen wollen, als selbstständiger Rechtsanwalt. Ich lebe nicht von der Politik.

Das mag teilweise die Krise der Politischen Klasse in Deutschland erklären, die Krise der Volksparteien hat tiefergehende Gründe. Nehmen Sie nur die SPD. Warum?

Warum nur auf der SPD rumhauen? Wir haben in Deutschland zwei gestandene und verdienstvolle Volksparteien, die SPD und die CDU/CSU, in der Weimarer Republik waren es die Sozialdemokratie und das Zentrum – und beide demokratischen Volkslager kriseln, nicht erst seit der Wahl in Baden-Württemberg. Ein wesentlicher Grund scheint mir zu sein, dass

diese Parteien dabei sind, ihre unverwechselbaren Identitäten zu verlieren. Zurzeit sind beide Parteien daran, mehr Grün einzuspeisen. Aber im Vergleich zu den schwarzen und roten Kopien hat es das grüne Original leichter. Da sind die Grünen authentischer. Wenn ein ökologisch gestimmter Bürger ein noch so großes SPD-Wahlkampfplakat auf der Straße sieht mit der schönen roten Sonne und der Aufschrift „Atomkraft? Nein danke!“, dann wird er wahrscheinlich denken: „Stimmt, deshalb wähle ich die Grünen.“ Also: Nur mit Anbiederung kommt man auf keinen grünen Zweig.

Sind die Grünen die neue dritte, vielleicht sogar zweite Kraft in Deutschland?

Auch grüne Bäume wachsen nicht in den Himmel. Ob es bei den Grünen so schnell geht wie bei der FDP, weiß ich nicht. Aber wieso kam's mit dem Absturz der FDP dazu? Die Liberalen sind bei der letzten Bundestagswahl von den „Steuer-Wählern“ aller Einkommens-Etagen gewählt worden. Also von Bürgerinnen und Bürgern, denen die Steuerlast zu hoch war und die den Schwarzen eine Steuersenkung nicht zugetraut haben. Aber die versprochene Steuersenkungs-Politik der FDP ist im Nichts gelandet. Damit hat sie für ihre Wähler die Glaubwürdigkeit verloren. Eine – natürlich anders gelagerte, aber genauso gewichtige – Identitätsfrage wird auf die Grünen zukommen – in der Energiepolitik wie bei „Stuttgart 21“. Was setzen sie durch, und wo beginnen die Kompromisse? Demokratie ist immer auch eine Frage der Glaubwürdigkeit in der Praxis – die haben die Grünen noch vor sich.

Aber profitieren die Grünen nicht von einer Auflösung klassischer Sozial-Milieus, auf der rechten wie auf der linken Seite?

Ich finde die Auflösung – oder wie ich lieber sage: die Entspannung – lange Jahre festgelegter Milieus nicht schlecht. Ich sage Ihnen das aus eigener Erfahrung. Ich bin jetzt 61 Jahre alt, und vor gut 40 Jahren gab's die Studentenrevolte und die Außerparlamentarische Opposition. Ich habe 1968 mitgemischt – aber auf Seiten des RCDS, der Contras, wie wir uns nannten. Und denen standen der SDS und die APO gegenüber. Wenn Sie so wollen, zwei völlig

konträre Milieus mit einem starken Willen zum gegenseitigen Missverständnis und einer gewissen Grund-Aggressivität – übrigens auf beiden Seiten. Und heute? Die Situation ist gelöster und entspannter geworden. Ich rede gerne mit einem Linken, wenn er Argumente hat. Und umgekehrt reden Sie ja auch ganz gern mit mir, wie in diesem Interview. Es ist wie in einem guten Schachspiel.

1968 ist Geschichte. „Stuttgart 21“, die Anti-AKW-Bewegung und die „Wutbürger“ nicht. Kommt eine neue Außerparlamentarische Opposition?

Da habe ich hinsichtlich des Gangs der Geschichte meine Bedenken. Wutbürger von links oder von rechts gab's schon immer. Darüber können Sie einen Besinnungsaufsatz schreiben, beginnend im Hochmittelalter.

Bleiben wir bei der Gegenwart. Demokratie geht vom Volk aus. Aber sie braucht auch charismatische Demokraten in der Politik. Fehlen die heute?

Ich habe einmal vom Typus des „Resopal-Politikers“ gesprochen, also dem allzu Angepassten und dem Glatten. Und dieser Politiker-Typus, abwischbar wie eine Resopal-Platte, ist allerorten vorhanden. Wenn wir im Suchflugzeug über Union und SPD fliegen, hätten Sie und ich da einige ganz schnell im Blickfeld. Dieser Typus von Politikern ist gefährlich für die Demokratie. Warum? Weil die Bürgerinnen und Bürger in demokratischen Politikern auch Kämpfer für ihre Definition des öffentlichen Interesses sehen wollen, die für ihre Überzeugung eintreten, auch wenn's manchmal wehtut. Die nach einer Niederlage wieder aufstehen – wie ein guter Fußballspieler. Natürlich weiß ich, dass man vorsichtig sein sollte beim Lob von Charismatikern, ganz speziell in Deutschland.

Das müssen Sie erklären.

Ich erkläre es Ihnen mit Erich Kästner und seinem Gedicht *Das Führerproblem, genetisch betrachtet*. Es geht so:

„Als Gott am ersten Wochenende die Welt besah, und siehe, sie war gut, da rieb er sich vergnügt die Hände. Ihn packte eine Art Übermut.

Er blickte stolz auf seine Erde und sah Tuberkeln, Standard Oil und Waffen. Da kam aus Deutschland die Beschwerde: ‚Du hast versäumt, uns Führer zu erschaffen!‘ Gott war bestürzt. Man kann's verstehn. ‚Mein liebes deutsches Volk‘, schrieb er zurück, ‚es muss halt ohne Führer gehn. Die Schöpfung ist vorbei. Grüß Gott. Viel Glück.‘

Nun standen wir mit Ohne da, der Weltgeschichte freundlichst überlassen. Und: Alles, was seitdem geschah, ist ohne diesen Hinweis nicht zu fassen.“

Wenn die Gefahr für die Demokratie nicht von Führern ausgehen darf, von wem geht sie dann aktuell aus?


Ich sehe eine Hauptgefahr für unsere Demokratie in einem dirigistischen und zentralisierten europäischen Super-Staat, sozusagen dem Entstehen eines Zentralkomitees in Brüssel. Je größer dieses Erdteil-Gebilde mit zentralistischen legislativen und exekutiven Funktionen wird, das uns staatlicherseits überwölbt, umso geringer sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der einzelnen Menschen. In dieser – polemisch gesprochen – „Verameisung des Individuums“ sehe ich, erst recht im Gefolge der Globalisierung, eine große Gefahr der Entfremdung, der Entdemokratisierung und der Politikverdrossenheit. Die Unifizierung Europas darf nicht auf Kosten vor allem der Mitwirkungsmöglichkeiten seiner Bürger passieren. Und diese Tendenz macht mir Sorge.

Deutschland ebenso wie die Europäische Union sind Institutionen rechtsstaatlicher Verfassungen. Bei möglichen Fehlentwicklungen können Sie bis in die höchste Gerichtsbarkeit den Klageweg beschreiten. Das tun Sie doch auch, wenn es sein muss?

Das ist richtig. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist sozusagen unser Tahrir-Platz, wo wir unsere Freiheitsvorstellungen und Einsprüche zum Ausdruck bringen können. Doch entscheidend muss sein, dass wir überall in Europa eine lebendige Demokratie brauchen. Das Wichtigste – für Linke wie für Konservative – ist, Kompetenzen nach unten zu verlagern. Plebiszitäre Demokratie ist Selbstschutz.

Sie immer einzufordern und auszubauen ist die Aufgabe von Gegenwart und Zukunft. Ein zweites Element ist die Sicherung der Föderalisierung in Europa wie in den Nationalstaaten. Die Sicherung regionaler Strukturen, Kulturen, Sprachen ist übrigens kein „rechter“ Gedanke, sondern er kommt eher von links. Denken Sie an den Kampf von Katalanen oder Basken um Demokratie und Autonomie. Ich persönlich halte es mit dem Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt, der sein Leben lang gegen Spießertum und Provinzialisierung in seiner schwyzerischen Heimat polemisiert hat. Aber am Ende seines Lebens hat er den Satz geschrieben: „Die Welt wird entweder untergehen – oder verschweizern. Ich bin für Letzteres.“

Die Schweiz als Retterin der europäischen Demokratie?

Zumindest als Ordnungssystem freiheitlicher Kantone. Jede Demokratie in Europa hat ihre eigenen Wurzeln und ihre eigene Geschichte. Darauf lege ich als Bayer auch großen Wert. Gerade von Modellen schweizerischer Volksabstimmungen kann man lernen – und sie sind besser als die autoritären Regimes und Diktaturen jeder Prägung, die alle in Kriegen und Katastrophen endeten. 

Dr. Peter Gauweiler, geboren 1949 in München, ist ein Querdenker in seiner Partei, der bayerischen CSU. Der früher als Hardliner in der Innen- und Rechtspolitik oft kritisierte Konservative war (neben seinem Unions-Fraktions-Kollegen Willy Wimmer) der Einzige in der CDU/CSU-Bundestags-Fraktion, der kontinuierlich gegen die militärischen Auslands-Aktionen der USA, der Nato und der deutschen Bundeswehr zu Felde zog und sie kritisierte. In einem Offenen Brief an die Unions-Bundestagsfraktion schrieb Gauweiler im Jahr 2003: „Sowohl die Intervention der USA im Irak als auch die Bombardierung Jugoslawiens und seiner Hauptstadt Belgrad durch die Nato geschah ohne Mandat der Vereinten Nationen. Dies ist von der deutschen Völkerrechtslehre zutreffend und mit Nachdruck als völkerrechtswidrig bewertet worden.“ Gegen den Beschluss des Bundestages vom 9. März 2007, die Nato-Truppen in Afghanistan durch den Einsatz von Tornado-Flugzeugen zu unterstützen, reichte Gauweiler (zusammen mit Willy Wimmer) eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, da der Tornado-Einsatz nicht im Einklang mit dem Nato-Vertrag, dem UN-Völkerrecht und dem deutschen Grundgesetz stehe. Im Oktober 2008 stimmte Gauweiler im Deutschen Bundestag (gegen die Mehrheit aus CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen) gegen die Fortführung des Einsatzes deutscher Streitkräfte in der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan. Ebenfalls im Bundestag gehörte Gauweiler in seiner Fraktion zu einer „radikalen Minderheit“ (von insgesamt vier Unions-Abgeordneten), die gegen die Einführung der Vorrats-Datenspeicherung votierte.